Frankenberger Tageblatt

Das Tageblatt erscheint an jedem Werktag: Monats-Bezugspreis bei Abholung in den Ausgabestellen der Stadt 1.80 Mk., in den Ausgabestellen des Landbezirks 1.90 Mk., bei Zutragung im Stadtgebiet 1.95 Mk., bei Zutragung im Landgebiet 2.00 Mk.
Wochenkarten 50 Pfg., Einzelnummer 10 Pfg., Sonnabendnummer 20 Pfg.
Postscheckkonto: Leipzig 14201. Gemeindegirokonto: Frankenberg.
Fernsprecher 51. Telegramme: Tageblatt Frankenbergsachsen.

Bezirks-Anzeiger

Anzeigenpreis: 1 Millimeter Höhe einspaltig (= 36 mm breit) 7½ Pfennig, im Reklameteil (= 72 mm breit) 20 Pfennig. Kleine Anzeigen sind bei Aufgabe zu bezahlen. Für Nachweis und Vermittlung 25 Pfennig Sondergebühr. — Für schwierige Tabellen, bei Klageangelegenheiten mehrerer Auftraggeber in einer Anzeige und bei Platzvorschriften Aufschlag. Bei größeren Aufträgen und im Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehender Staffel.

Das Frankenberger Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Flöha, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Frankenberg und der Gemeinde Niederwiesa behördlicherseits bestimmte Blatt

Rotationsdruck und Verlag: C. G. Roßberg (Inh. Ernst Roßberg jun.) in Frankenberg. Verantwortlich für die Redaktion: Karl Siegert in Frankenberg

№ 16 — Donnerstag den 19. Januar 1928 nachmittags — 87. Jahrgang

Weimar dringend reformbedürftig

Der Abschluß der Länderkonferenz

Einsetzung eines Verfassungs- und eines Finanzausschusses

Berlin, 18. 1. Amtlich wird bekanntgegeben: Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß der Wiederaufstieg unseres Volkes nur auf der Grundlage einer einmütigen und verständnisvollen Arbeit zwischen Reich und Ländern erfolgen kann, sind Reichsregierung und Länderregierungen in ihrer heute zum Abschluß gekommenen Konferenz nach eingehenden Beratungen zu folgenden Ergebnissen gelangt:

I.

Reichsregierung und Ländervertreter sind der Auffassung, daß die Weimarer Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern **unbefriedigend ist und einer grundlegenden Reform bedarf.** Wenn auch darüber, ob die Reform die unitarischen oder die föderativen Kräfte stärken soll oder welche Vereinigung beider Kräfte in neuer Form möglich ist, eine Uebereinstimmung nicht erzielt werden konnte, so bestand doch darüber Einigkeit, daß eine starke Reichsgewalt notwendig ist. Im übrigen wurde in folgenden Punkten Einverständnis erzielt:

1. Jede Teillösung ist bedenklich. Insbesondere soll die Gesamtlösung nicht dadurch erschwert werden, daß leistungsschwache Länder vom Reich als „Reichsländer" aufgenommen werden. Finanziellen Notständen von Ländern, welche durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, soll durch andere geeignete Maßnahmen entgegengewirkt werden; als solche kommen Dotationen nicht in Frage.

2. Das Reich soll seinen Machtbereich nicht durch finanzielle Aushöhlung oder ähnliche Maßnahmen zum Schaden der Länder erweitern.

3. Wenn kleinere Länder in Nachbarländer aufzugehen wünschen, so soll dieses Aufgehen nach Möglichkeit erleichtert werden. Die Auflösung der bestehenden zahlreichen kleinen Enklaven und Exklaven im Wege freier Vereinbarung erscheint wünschenswert.

4. Die Länder werden häufiger und beschleunigter als bisher untereinander Vereinbarungen zur Rechts- und Verwaltungsangleichung und -vereinfachung treffen, bei deren Abschluß die Reichsregierung mitwirkt.

5. Die Lösung des Gesamtproblems soll durch den Bericht eines Ausschusses vorbereitet werden, der zu gleichen Teilen von der Reichsregierung und den Länderregierungen besetzt wird. Die Regierungen der im Verfassungsausschuß des Reichsrates vertretenen Länder werden je einen Vertreter in den Ausschuß entsenden. Der Ausschuß hat das Recht der Zuwahl. Er kann Sachverständige hinzuziehen. Den Vorsitz führt der Reichskanzler.

II.

Die Reichsregierung hat im Interesse der Lösung des Gesamtproblems folgende Maßnahmen in Aussicht gestellt:

1. Zur Beseitigung finanzieller Notstände von Ländern, die durch die Entwicklung der Verhältnisse eintreten, ist die Reichsregierung bereit, über die geltende verfassungsmäßige Zuständigkeit hinaus geeignete Verwaltungsbereiche solcher leistungsschwach gewordenen Länder auf das Reich zu übernehmen.

2. Zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer, sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven stellt die Reichsregierung ihre guten Dienste zur Verfügung, sie ist insbesondere bereit, eine Stelle zu bestimmen, welche in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig wird.

3. Zur Vereinfachung der Gesamtverwaltung des Reiches wird die Reichsregierung demnächst im Reichsrat neue Vorschläge für das Reichsverwaltungsgericht machen.

III.

Die Reichsregierung und Länderregierungen sind sich darüber einig, daß Maßnahmen zur Sicherstellung sparsamster Finanzgebärung in Reich und Ländern und Gemeinden getroffen werden müssen. Ein Ausschuß, der unter Vorsitz des Reichsministers der Finanzen aus mindestens vier Finanzministern der Länder besteht, soll näher prüfen, welche Wege in dieser Richtung gangbar erscheinen.

IV.

Bezüglich der Fragen der Verwaltungsreformen sind sich Reichsregierung und Landesregierungen über die Notwendigkeit beschleunigter Durchführung von entsprechenden Reformen in Reich und Ländern einig. Diese Reformen haben sich insbesondere auf folgende Fragen zu erstrecken:

a) zweckentsprechende Zusammenlegung von bisher nebeneinander bestehenden Behörden,

b) zweckmäßige und den heutigen Verkehrsverhältnissen angepaßte Abgrenzung der Bezirke der Lokal- und Mittelbehörden.

Um eine Gleichmäßigkeit in der Durchführung der notwendigen Verwaltungsreformen in den Ländern und eine Uebereinstimmung in den entsprechenden Maßnahmen des Reiches sicherzustellen, sind sich Reichsregierung und Länderregierungen darüber einig, daß es zweckmäßig ist, wenn

a) Landesregierungen der Reichsregierung (Reichssparkommissar) ihre Verwaltungsreformpläne mitteilen,

b) der Reichssparkommissar sich auf Antrag der Landesregierungen zu ihren Plänen gutachtlich äußert. In diesem Falle werden die Landesregierungen dem Reichssparkommissar Gelegenheit geben, sich bei den in Betracht kommenden Landesbehörden zu unterrichten. Auch sind sie bereit, die Gutachten des Reichssparkommissars den beschließenden Körperschaften vor der Beschlußfassung zuzuleiten.

Mit der näheren Durchprüfung der in Betracht kommenden Fragen wird der zu I, 5 erwähnte Ausschuß betraut werden.

•

Anmerkung 1: Die im Abschnitt I, 5 genannten Länder des sogenannten Verfassungsausschusses sind Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen, Hessen, Hamburg, Anhalt, Mecklenburg-Schwerin und Lippe. Die erstgenannten neun Länder werden je einen Vertreter, das Reich seinerseits gleichfalls neun Vertreter in diesen Ausschuß entsenden. Der Ausschuß tagt unter Vorsitz des Reichskanzlers.

Anmerkung 2: Der Abschnitt II stellt eine einseitige Erklärung des Reiches dar.

Anmerkung 3: Der im Abschnitt III genannte Ausschuß wird sich zusammensetzen aus dem preußischen, dem badischen, dem Hamburger und dem thüringischen Finanzminister.

Referat des sächs. Innenministers

Berlin, 18. 1. Auf der Reichs- und Länderkonferenz wurde heute der 3. Punkt der Tagesordnung, die Verwaltungsreform in Reich und Ländern, besprochen. Das Referat hierüber hielt der sächsische Innenminister Apelt, das Korreferat der bayerische Innenminister Stützel

Der sächsische Innenminister

wies in seinem Referat einleitend auf den engen Zusammenhang hin, der zwischen beiden Reformen besteht. Er betonte, daß die Oeffentlichkeit von der Konferenz praktische Ergebnisse erwarte. Er schloß sich dem Standpunkt des bayerischen Ministerpräsidenten an, daß die Frage der Verwaltungs- und Verfassungsreform ohne Verquickung mit dem Problem des Einheitsstaates behandelt werden könne, zumal dieses letzte Problem noch nicht so weit entwickelt sei, wie die etwas ungeduldige öffentliche Meinung in Norddeutschland das erwartet habe.

Nachdem der Minister betont hatte, daß das Problem der Verwaltungsreform ja nicht neu sei, gab er einen Ueberblick über die historische Entwicklung dieser Bestrebungen. Er wies darauf hin, daß seit der letzten Verwaltungsreform 50 Jahre vergangen seien; und das Bedürfnis nach einer Reform ergebe sich einmal aus den Erfahrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit, dann aus der Notwendigkeit, alle Ersparnismöglichkeiten auszunutzen. Diese Sparmöglichkeiten dürften allerdings nicht überschätzt werden. Der Minister ist der Auffassung, daß das ganze Problem nach zwei Richtungen hin durchgearbeitet werden muß:

1. in der Richtung der Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung,

2. durch eine möglichst weitgehende Rechtsangleichung auf dem Gebiete der Verwaltung innerhalb Deutschlands.

Mit schematischen Beschlüssen sei den Dingen allerdings nicht beizukommen. Als Beispiel verwies Dr. Apelt auf die Bestimmung des Reichsbeamtenbesoldungsgesetzes, wonach jede dritte frei werdende Beamtenstelle nicht wieder besetzt wird. Mit solchen Methoden komme man nicht weiter. Es komme dagegen darauf an, den Aufgabenkreis der öffentlichen Verwaltung einzuschränken. Deutschland habe sich immer mehr zu einer Art Wohlfahrtsstaat entwickelt. Wir müßten uns aber darüber klar werden, daß diese Entwicklung nicht weiter gehe, schon nicht im Hinblick auf die Reparationsverpflichtungen. Wenn auch Untersuchungen zu dem Ergebnis geführt hätten, daß 75 Prozent der Aufwendungen der Verwaltung nötig seien, so blieben immer noch 25 Prozent übrig, bei denen der Hebel angesetzt werden könne.

Im Schlußteil seines Referats erklärte Innenminister Apelt noch, daß er den alten Drewschen Gedanken auf Ausschaltung der Teilinstanzen in der Verwaltung unterstütze, wie sie in Preußen zum Beispiel in dem Wegfall der Regierungspräsidien durchgeführt werden könne. Streng zentralistisch könne Deutschland nicht geführt werden, denn es brauche einen Unterbau von lebensvollen Selbstverwaltungskörpern. Im Gegenteil müsse das regionale Prinzip gestärkt werden. In dem heutigen demokratisch-republikanischen Volksstaat sei der Reichsrat ein unmögliches Gebilde in einer Form, daß er gleichberechtigt neben dem Reichstag wird, etwa wie früher der Bundesrat. An seine Stelle müsse man ein Staatenhaus setzen, in dem neben den Vertretern der regionalen Wirtschaft, Kulturträgern, kommunalen Körperschaften die Landesregierungen ihre Vertretungen haben, wobei freilich auf eine Instruktion dieser Vertreter verzichtet werden müßte. Professor Apelt schloß seine Ausführungen, indem er nochmals betonte, daß der Selbstverwaltungswille erhalten und gestärkt werden müsse.

•

Unnötige Geheimnistuerei

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 19. Januar.

Gestern, am dritten Tag der Länderkonferenz, sprachen der sächsische Innenminister Dr. Apelt als Referent und Dr. Stützel, der bayerische Innenminister als Korreferent zu dem 3. Punkt der Tagesordnung, der Verwaltungsreform für Reich und Länder.

Selbstverständlich ist auch diese Sitzung für vertraulich erklärt worden, wie ja überhaupt die ganze Länderkonferenz unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gleichsam hinter verschlossenen Türen stattgefunden hat. Weshalb das nötig gewesen ist, wird weitesten Kreisen unklar geblieben sein. Es muß einmal ganz offen ausgesprochen werden, daß die Ergebnisse dieser so groß aufgezogenen Konferenz die Geheimnistuerei wahrhaftig nicht rechtfertigen, und daß man die Reden, die gehalten wurden, ebensogut vom Turm jedes Rathauses hätte in die Welt posaunen oder an der Litfaßsäule hätte plakatieren können, ohne daß die Staatssicherheit gelitten haben würde.

In diesem Zusammenhang muß auf die merkwürdige Einstellung hingewiesen werden, die die Teilnehmer der Konferenz der Arbeit der Presse gegenüber an den Tag gelegt haben. Der Pressechef der Reichsregierung hat gewiß sein Möglichstes getan, um die Minister zu einer anderen Ansicht zu bekehren. Man kann ihm aber doch den Vorwurf nicht ersparen, diesen Punkt nicht schon in den Vorverhandlungen klargestellt zu haben. Es ist ein unmöglicher und geradezu lächerlicher Zustand, daß der bayerische Ministerpräsident Heldt die Rede, die er auf solcher Konferenz hält, durch die bayerische Pressestelle verbreiten läßt, während der Staatspräsident Bazille sein Pressedezernat in Stuttgart damit betraut hat. Man braucht kein Anhänger des Einheitsstaates zu sein, sondern nur Verständnis für die Aufgaben der deutschen Presse zu haben, um diese Handhabung der Geschäfte zu mißbilligen. Auf diese Art ist wenigstens erreicht worden, daß die Oeffentlichkeit, die wichtige Referate erst verspätet erhalten hat, für diese mit so großem Tamtam angekündigte Konferenz wenig Interesse aufbringt. Es ist jedem, der Sinn für reale politische Tatsachen hat, ja von vornherein klar gewesen, daß bei dieser Konferenz nicht viel herauskommen wird. Wir müssen aber offen gestehen, daß wir uns bei allem Pessimismus das Ergebnis doch nicht so dürftig vorgestellt hätten. Man hat sich die Mühe gemacht, die Bilanz in einer Resolution zu ziehen. Auch deren Redaktion hat Stunden in Anspruch genommen und dann ist über ihre Annahme noch stundenlang diskutiert worden.

Bismarck hat einmal gesagt, daß mit Reden allein kein Reich geschaffen sei. Das Ergebnis dieser Konferenz hat ihm recht gegeben.

Kurzer Tagesspiegel

Die Konferenz zwischen Reich und Ländern ist gestern abgeschlossen worden. Das Ergebnis der Konferenz wird in einem umfangreichen amtlichen Kommuniqué dargelegt.

Der Botschafter der Vereinigten Staaten in Berlin, Shurman, ist nach Berlin zurückgekehrt und hat die Leitung der amerikanischen Botschaft wieder übernommen.

Der Aeltestenrat des Reichstages ist für Donnerstag nachmittag einberufen worden, um die letzten Vorbereitungen für die erste Lesung des Haushaltplanes im Plenum zu treffen.

Die Beratungen des Fraktionsvorstandes der Zentrumspartei, die sich mit allgemeinen politischen Fragen sowie mit den in den letzten Tagen entstandenen Zwischenfällen innerhalb der Zentrumspartei befaßten, wurden abgebrochen und auf später vertagt.

Die Verhandlungen über die Neubesetzung des Postens des Reichswehrministers sind bisher noch nicht zum Abschluß gelangt.

In Habana wurde gestern die erste Geschäftssitzung des panamerikanischen Kongresses eröffnet.

Anstelle des durch Krankheit verhinderten Reichsaußenministers Dr. Stresemann sprach gestern Geheimrat Kahl auf der Reichsgründungsfeier der Deutschen Volkspartei.

Die Erkrankung des Reichsaußenministers Dr. Stresemann soll weit ernster sein als bisher angenommen wurde. Der Urlaub des Ministers soll für vorläufig vier Wochen beantragt und auch genehmigt sein. Stresemann will in die Schweiz oder noch südlicher reisen.

Der Zentrumsturm

(Eigener Informationsdienst.)

Berlin, 19. Januar

Das Zentrum ist seit seiner Begründung durch die Brüder Reichensperger die wichtigste parlamentarische Partei gewesen und bis auf den heutigen Tag geblieben. Seit der Revolution ist ihre Machtstellung umso bestrittener, als es im Reichstag ohne Zentrum keine homogene Koalition gibt, das Zentrum also zur Bildung einer Mehrheitsregierung unentbehrlich ist. Hierin liegt natürlich eine ungeheure Machtstellung, die das Zentrum aber nicht nur der parlamentarischen Konstellation, sondern auch seiner inneren Geschlossenheit verdankt, durch die es immer ein Faktor gewesen ist, mit dem man rechnen mußte. Die Zentrumspartei blieb stabil, mochten die Wähler von rechts nach links oder von links nach rechts hinüber wandern — das Zentrum brachte immer dieselbe Anzahl Abgeordnete durch. Krieg und Revolution haben ihm ebenso wenig etwas anhaben können, wie die soziale Umschichtung. Seine glänzend disziplinierten Wähler hielten zu der alten Fahne und lieferten dadurch den besten Beweis, daß eine kulturelle Gemeinschaft ein stärkeres Bindemittel sein kann als Homogenität wirtschaftspolitischer Interessen.

Es mag kühn erscheinen, gerade im Augenblick die Behauptung aufzustellen, daß der Zentrumsturm unerschütterlich ist. Wir wagen diese Behauptung, da es unsere Ueberzeugung ist, daß die Krise, die die Zentrumsfraktion im Augenblick ganz ohne jeden Zweifel durchzumachen hat, nicht an die Grundfesten der Partei rührt. Ueber soziale Fragen ist eine Auseinandersetzung nicht nur möglich, sondern sogar natürlich, weil das Zentrum Gruppen umschließt, deren wirtschaftspolitische Ansichten sich diametral entgegengesetzt sind. Es kann darüber zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen, in deren Strudel auch mancher Führer hineingerissen und möglicherweise verschlungen wird — das alles erschüttert aber nicht den Bestand der Partei, deren Wurzeln ganz außerhalb des Bereiches wirtschaftspolitischer Streitereien auf einem Gebiet liegen, auf dem der katholische Großindustrielle und der katholische Arbeiter völlig der gleichen Meinung sind: dem gemeinsamen Glauben.

Es erscheint uns nötig, sich diese Zusammenhänge vor Augen zu halten, da man sonst leicht dazu neigen könnte, die Gegensätze, die jetzt im Zentrum

SLUB
Wir führen Wissen.